

Niederschrift
über die 6. Sitzung des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks
im Geschäftsjahr 2020 am 28. August 2020 in Frankfurt am Main
Öffentliche Hauptversammlung

Aufgrund der Corona-Pandemie konnten die dritte und vierte Sitzung des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks im Geschäftsjahr 2020 nicht wie vorgesehen am 08.05.2020 bzw. 19.06.2020 als (Präsenz-)Sitzung in Frankfurt durchgeführt werden. An ihre Stelle trat jeweils ein schriftliches Abstimmungsverfahren, sowie - am 19.06.2020 - eine vorbereitende Telefonkonferenz des Rundfunkrats. Die Zählung der Sitzungen des Rundfunkrats orientiert sich zur besseren Nachvollziehbarkeit an der ursprünglichen Sitzungsplanung.

Beginn der Sitzung: 15:30 Uhr

Anwesend

Vom Rundfunkrat:

Herr Brandes
Herr Dulige
Herr Dogruer
Herr Enners
Frau Faeser
Frau Fasbender
Herr Freiling
Herr Gülegen
Frau Isser
Frau Dr. Jungherr
Frau Prof. Dr. Kastell
Frau Klär
Frau Krippner-Grimme
Herr Machalett
Herr Dr. Möhrle
Herr Dr. Rolf Müller
Herr Neumann
Herr Ortmann
Herr Schneider
Herr Prof. Dr. Valentin
Herr Wagner
Herr Dr. Wurzel
Frau Zulauf

Vom Verwaltungsrat:

Frau Alles
Herr Clauss
Herr Dr. Manderscheid
Herr Reif
Herr Siebel
Herr Zilian

Vom Hessischen Rundfunk:

Herr Krupp
Frau Holzner
Herr Lauer
Frau Dr. Hütt
Herr Tritschler
Herr Barz
Herr Hammerschmidt
Frau Müller-Geskes
Frau Peters
Frau Zaher
Herr Taube
Herr Sarkowicz (Gast zu TOP 7)
Frau Schafarczyk (Gast zu TOP 9a)
Frau Brinkmann (Protokoll)
Frau Bach

Entschuldigt

vom Rundfunkrat:

Herr von Boehm-Bezing
Frau Claus
Frau Kennel
Herr Prof. Dr. Müller
Frau Puttrich
Herr Rock
Herr Rudolph
Frau Seewald
Herr Volz

Entschuldigt

vom Verwaltungsrat:

Herr Ehinger
Herr Greilich
Herr Dr. Wagner

Niederschrift über die 6. Sitzung des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks
am 28. August 2020 in Frankfurt
Öffentliche Hauptversammlung

3

Entschuldigt

von der hr werbung:

Herr Simon

Vorsitz:

Herr Brandes

Tagesordnung

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2019
3. Genehmigung des Jahresberichts des Intendanten und der Jahresrechnung 2019,

Entlastung des Verwaltungsrats,

Entlastung des Intendanten
4. Verschiedenes

Zu Punkt 1. der Tagesordnung: Begrüßung und Feststellung der
Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er verweist auf das bestehende Hygienekonzept, mit dem eine Präsenzsitzung auch in Zeiten der Corona-Pandemie möglich sei und dankt allen Beteiligten für die Organisation. Er begrüßt außerdem die Gäste, die die Sitzung über einen Livestream im Foyer verfolgen können.

Änderungswünsche zur Tagesordnung der Öffentlichen Hauptversammlung gibt es nicht.

Zu Punkt 2. der Tagesordnung: Jahresbericht des Intendanten und
Jahresrechnung 2019

Der Intendant stellt seinen Jahresbericht und die Jahresrechnung 2019 vor. Die Rede des Intendanten und die Präsentation zur Jahresrechnung sind dem Protokoll beigelegt (Anlagen 2 und 3).

Der Vorsitzende dankt dem Intendanten für seine Ausführungen. Erfreulich sei aus seiner Sicht das positive operative Ergebnis und die Tatsache, dass hinreichende Liquidität vorhanden sei und sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert habe. Dass sich dennoch ein negatives Gesamtergebnis ergebe, liege an Faktoren, die vom Intendanten nicht beeinflusst werden könnten.

Herr Freiling stellt eingangs klar, dass er es ähnlich wie Herr Sarkowicz in der vorangegangenen Sitzung des Rundfunkrats halten wolle und Aspekte, die er in der Rede des Intendanten unterstütze, wie etwa die Ausführungen zur Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der dafür erforderlichen Finanzierung, nicht noch einmal ausdrücklich aufgreifen wolle.

Was die Neuausrichtung von hr2 angehe, habe der Intendant zwar betont, dass es sich dabei nur um einen Baustein der Strukturreform handele, gleichzeitig habe er diesem Baustein in seiner Rede mehr Raum eingeräumt als anderen. Dies sei auch auf die intensiven Diskussionen im Rundfunkrat und im Hörfunkausschuss zurückzuführen. In der vorangegangenen Sitzung des Rundfunkrats habe Herr Sarkowicz eine Präsentation zur Neuausrichtung von hr2 Kultur ab 14. September gehalten. Im Gremium habe große Einigkeit

bestanden, dass das vorgestellte Konzept für hr2, aber auch für die trimediale Kulturunit, sich sehen lassen könne und sich die zu Beginn des Reformprozesses geäußerten Befürchtungen nicht bestätigt hätten. Dies sei das Ergebnis einer sehr intensiven Arbeit im Haus, aber auch der kontroversen Diskussion in Gremium und Öffentlichkeit. Auch erkenne er die selbstkritischen Äußerungen des Intendanten aber auch des ehemaligen Hörfunkdirektors an. In Anbetracht der Schärfe der Diskussion wären etwas deutlichere Ausführungen hierzu im Jahresbericht wünschenswert gewesen. Zudem wolle er noch einmal die dringende Bitte des Gremiums bekräftigen, die Redaktion von hr2 Kultur so auszustatten, dass sie ein Profil entwickeln könne, das einer Kulturradiowelle, wie man sie kenne und schätze, auch entspreche.

Zur Jahresrechnung wolle er anmerken, dass er zwar außerhalb des hr wenig mit Prüfberichten vertraut sei, er sich aber dennoch über die *Stellungnahme der BDO zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter* gewundert habe: Während die Geschäftsleitung die wirtschaftliche Situation des hr und bestehende Risiken umfangreich und sehr offen darstelle, beschränke sich die Stellungnahme der BDO darauf, festzustellen, dass keine bestandsgefährdenden Tatsachen bestünden und der hr nicht insolvenzfähig sei. Dies halte er in Anbetracht der aktuellen Situation und der bestehenden Risiken für sehr knapp.

Ferner erkundigt sich Herr Freiling nach dem Stand des ARD-Strukturprozesses und insbesondere danach, was beim SAP-Projekt ins Stocken gekommen sei. Er habe gelesen, dass durch die Verzögerungen Einsparpotentiale in Höhe von 10 Mio. Euro verloren gehen könnten.

Bezugnehmend auf vergangene Diskussionen im Rundfunkrat über Statusklagen von Beschäftigten erfragt er, ob mit dem jüngst abgeschlossenen Tarifvertrag die im hr vereinbarte Roadmap nun abgeschlossen sei oder ob hier weiterhin Risiken bestünden.

Schließlich kommt er auf die kritische Stellungnahme der KEF zum Wetterkompetenzzentrum und möglicher Einsparpotentiale zu sprechen und erkundigt sich, ob diesbezüglich mit weiteren Diskussionen zu rechnen sei.

Der Intendant stimmt den Ausführungen von Herrn Freiling hinsichtlich hr2 zu. Was seine Ausführungen zum Bericht der Wirtschaftsprüfer angehe, könne er diese nur zur Kenntnis nehmen. Das Vorgehen der BDO entspreche aber dem Kodex der Wirtschaftsprüfer.

Die Perspektive der KEF und damit auch ihre Kritik in Sachen Wetterkompetenzzentrum fokussiere sich auf mögliche weitere Einsparungen durch eine Auslagerung in ein privates Unternehmen. Eine solche Prüfung sei auf ARD-Ebene aber bewusst nicht vorgenommen worden, da man das Thema Wetter - und damit eng verknüpft Klimathemen - für ein zentrales gesellschaftspolitisches Thema, bei der man eigene Kompetenzen in der ARD benötige und sich nicht von privaten Unternehmen abhängig machen wolle. Die Diskussion mit der KEF werde aber vermutlich weitergehen. Er wisse aber auch, dass die Stellungnahme der KEF nicht von allen Mitgliedern der KEF geteilt werde.

Hinsichtlich der Statusklagen habe man das Risiko im Vergleich zum vergangenen Jahr deutlich reduzieren können, ein Restrisiko bleibe aber bestehen. Dem Tarifvertrag vorangegangen seien über hundert Interviews mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen, in denen die deutliche Mehrheit zum Ausdruck gebracht habe, dass weiterhin ein großes Interesse an einer Zusammenarbeit in freier Mitarbeit bestehe, dass aber gleichzeitig mehr soziale Absicherung gewünscht werde. Ergebnis dieser Gespräche sei der Tarifvertrag ABS, der von 130 Kolleginnen und Kollegen unterzeichnet worden sei. Mit der Unterzeichnung hätten die Kolleginnen und Kollegen auf entsprechende Statusklagen verzichtet. Einige betroffene Kolleginnen und Kollegen hätten den Tarifvertrag jedoch nicht unterzeichnet und zwei von ihnen hätten eine Statusklage angekündigt.

Zum Stand des Strategieprozesses erläutert Herr Tritschler, dass einige der Projekte bereits abgeschlossen seien, während sich viele andere auf einem guten Weg befänden. Auch gewisse Verzögerungen beim Projekt Einkauf hätten zwischenzeitlich wieder korrigiert werden können. Mit einer „roten Ampel“ sei weiterhin das SAP-Projekt markiert.

Gegenüber der KEF habe man seinerzeit Gesamteinsparungen für den Zeitraum 2021-2024 in Höhe von 311 Mio. Euro zugesagt und dies bereits bei der Bedarfsanmeldung berücksichtigt.

Im Rahmen des SAP-Projekts sei zunächst ein Probebetrieb von MDR, rbb und Radio Bremen ab 01.01.2021 im Teilbereich Finanzen und Reisekosten geplant gewesen. Dies ließ sich nicht realisieren, da der gesamte Prozess sich als komplexer erwiesen habe als zunächst angenommen. Ziel sei nun aber, den Start ab 01.01.2022 mit allen Landesrundfunkanstalten umsetzen zu können und

befinde sich diesbezüglich auch im Zeitplan. Die angesprochenen Einsparungen in Höhe von 10 Mio. Euro ließen sich für den Zeitraum 2021-2024 nicht erreichen; insgesamt sei das Projekt aber bis 2028 angelegt. Ein erneuter Austausch zum aktuellen Stand sei in der Finanzkommission für kommende Woche angesetzt. Zur Komplexität des Projekts trage bei, dass hier die Anforderungen von elf Rundfunkanstalten (ARD-Landesrundfunkanstalten, Deutschlandradio und Deutsche Welle) aufeinandertreffen würden. Entweder müsse man die unterschiedlichen Anforderungen harmonisieren oder das System so gestalten, dass es Möglichkeiten für individuelle Anpassungen gebe. Letzteres sei etwa bei der Gehaltsbuchhaltung aufgrund der unterschiedlichen Tarifverträge zwingend notwendig.

Insgesamt arbeite man mit Hochdruck an diesem Projekt, bei dem der hr insbesondere bei den Themen Controlling und Finanzen intensiv eingebunden sei. Auch bei den IT-Fragen sei man eng involviert, um eine Steuerung über das IVZ in Potsdam zu ermöglichen. Hier kläre man, wie die hr-Kolleginnen und Kollegen künftig dort mitwirken könnten und sehe zwar gewisse Hürden, die aber nicht unüberwindbar schienen.

In diesem Zusammenhang könne er außerdem über ein Gespräch mit dem ehemaligen KEF-Mitglied Herrn Dr. Vogeloth, Herrn Fischer-Heidberger und dem Intendanten berichten, bei dem diese die laufenden Projekte als größte Verwaltungsreform, die es im öffentlich-rechtlichen Rundfunk je gegeben habe, bezeichnet hätten. Damals sei angeregt worden, auch vor Abschluss des SAP-Projekts sog. Shared Services anzugehen. Dies setze man nun um und habe unter Beteiligung des Beratungsunternehmens PWC Überlegungen für Bündelungen in den Bereichen Finanzen und Reisekosten angestellt.

Zusammenfassend könne er sagen, dass das Projekt zwar an manchen Stellen stocke, es aber insgesamt voran gehe und von einem Scheitern keine Rede sein könne.

Herr Dr. Rolf Müller kommt auf das Thema Sport zu sprechen. Vorab wolle er anmerken, dass, auch wenn in der Vergangenheit vielleicht keine Freundschaft zwischen der Sportredaktion des hr und dem organisierten Sport bestanden habe, sich dieses Verhältnis in letzter Zeit sehr zum Positiven gewandelt habe. Außerdem interessiere ihn, wie die Haltung der Intendantinnen und Intendanten zu den immer habgierigen Vorstellungen bezüglich der Sportrechte sei. Die Gremien des hr hätten sich hierzu klar positioniert, er wolle nun wissen, wie dies

bei den Intendantinnen und Intendanten sei.

Der Intendant teilt mit, dass er sich freue, durch die Neuausrichtung der Sportredaktion nun eine viel größere Bandbreite erreicht zu haben. Indem man auch über Sportereignisse im Übergang von Amateur- zu Profisport berichte, bringe man eine ganz andere Wertschätzung gegenüber den Sportlerinnen und Sportlern zum Ausdruck. Im Kreis der Intendantinnen und Intendanten gebe es eine intensive Diskussion über die Sportrechte und man ziehe hinsichtlich der angesprochenen Entwicklungen klare Grenzen.

Auf Ebene der Intendanten habe man entschieden, in Anbetracht des Deltas von über 600 Mio. Euro zwischen Bedarfsanmeldung einerseits und Zubilligung durch die KEF andererseits die größte Kürzung beim Sportrechteetat vorzunehmen. Auch habe man sich darauf verständigt, die bislang nicht verausgabten Mittel nicht allein an ein Projekt oder einen Anbieter zu vergeben. Insgesamt gebe es im Bereich der Sportrechte eine große Dynamik. So hätten sich Streaminganbieter, anders als zunächst erwartet, nicht in größerem Umfang an der Ausschreibung beteiligt. Bei der Champions League sei zu beobachten, dass sie erheblich an Bedeutung verloren habe, seit sie nur noch im Pay-TV ausgestrahlt werde und in der Folge wieder Öffnungen stattfänden. Zwar gebe es im Kreis der Intendantinnen und Intendanten grundsätzlich einen breiten Konsens, aber dennoch Unterschiede in Nuancen, etwa zwischen einem Sender, der die Redaktion der Sportschau betreue und Sendern, die nur wenige Bundesligavereine in ihrem Sendegebiet hätten und den Fokus daher vermehrt auf andere Sportarten setzen wollten.

Eine positive Erfahrung sei Olympia gewesen. Hier sei man bei der Ausschreibung hart geblieben und habe die Rechte zunächst nicht bekommen. Der Anbieter, der den Zuschlag erhalten hätte, hätte sich aber übernommen, sodass die Landesrundfunkanstalten am Ende besser dagestanden hätten.

Herr Freiling kommt auf die bedauerlichen Entwicklungen beim IRT zu sprechen und dankt dem Intendanten für seinen Einsatz zum Erhalt des IRT, auch wenn er sich letzten Endes nicht habe durchsetzen können. In der Folge stelle sich nicht nur die Frage nach den finanziellen Konsequenzen für den hr. Es stelle sich auch die sehr grundsätzliche Frage, wie man mit den im eigenen Haus bzw. beim IRT vorhandenen Kompetenzen umgehe und diese erhalte. Entsetzt hätten ihn Äußerungen des ZDF, wonach eine weitere Beteiligung am IRT nicht zuletzt wegen einer Kooperation mit google abgelehnt worden sei. Er bitte um nähere

Informationen zum weiteren Vorgehen, auch hinsichtlich der verschiedenen Szenarien zur Abgeltung der Altersversorgung.

Ferner erkundigt sich Herr Freiling nach den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den hr. Während man in einem ersten Impuls davon ausgegangen sei, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk aufgrund seiner Beitragsfinanzierung nicht betroffen sei, stelle sich die Lage nun anders dar. Soweit deutliche Forderungen der Kulturschaffenden nach einer Unterstützung durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk geäußert wurden, interessiere ihn, ob diese auch gegenüber dem hr geäußert worden seien und wie der damit umgehe.

Der Intendant bestätigt, dass die Pandemie den hr stark getroffen habe und auch weiter betreffen werde. Zu beobachten sei, dass Befreiungen von der Rundfunkbeitragspflicht aufgrund von Arbeitslosigkeit oder Abmeldungen wegen Insolvenzen von Unternehmen erst mit einiger Verzögerung die Rundfunkanstalten erreichten. Neben den reduzierten Beitragseinnahmen müsse man auch berücksichtigen, dass der hr auch als Veranstalter sehr aktiv sei. Der größte Teil der Veranstaltungen sei ausgefallen und man habe zwar laufende Kosten, jedoch keine Einnahmen durch die Ticketverkäufe. Mit den Beteiligten habe man bereits eruiert, wie man diese Effekte abfedern könne und beispielsweise mit Künstlerinnen und Künstlern, die die Stammbesetzung des Orchesters ergänzten, das Gespräch gesucht.

Was einen Ausfallfonds angehe, müsse man deutlich festhalten, dass eine Beteiligung aus Beitragsgeldern nicht zu rechtfertigen sei, wenn damit letzten Endes auch Produktionen für die kommerziellen Sender mitfinanziert würden. Insofern gebe es gewisse rechtliche Grenzen. Bereits jetzt habe die ARD zugesagt, bis zu 50% der coronabedingten Mehrkosten der Produzentinnen und Produzenten zu übernehmen. In Hessen sei die Forderung geäußert worden, der hr möge seine Eigenproduktionen aufgeben und stattdessen auf Auftragsproduktionen umsteigen. Dies verkenne aber, dass im hr Personen gerade hierfür beschäftigt seien. Man führe intensive Gespräche mit der Initiative Junger Film und den Filmschaffenden zu stärkeren Kooperationsmöglichkeiten. Jede Unterstützung müsse aber dem Zweck des Rundfunkbeitrags und der Erfüllung des Auftrags entsprechen.

Da Hessen im Medienbereich kein starkes Produzentenland sei, sei es insgesamt weniger betroffen als andere Länder, wie etwa Nordrhein-Westfalen, Berlin oder Brandenburg.

Möglicherweise sei ein gemeinsamer Weg mit den Privaten, auch unter Beteiligung von Streamingdiensten denkbar. Ein finanzielles Engagement müsse sich aber auch für Produktionen des hr und die Produzenten, Künstlerinnen und Künstlern, mit denen der hr zusammenarbeite, auszahlen.

Insgesamt sei die Vorstellung, dass freie Mittel verfügbar seien und der hr von der Corona-Pandemie nicht betroffen sei, nicht zutreffend.

Herr Tritschler berichtet in Sachen IRT, dass er in der Produktion- und Technikkommission (PTKO) sein Bedauern und seinen Ärger über das gesamte Verfahren bis hin zur Auflösung des IRT zum Ausdruck gebracht habe. Leider sei es nicht möglich gewesen, in der PTKO eine gemeinsame Position zur Fortführung des IRT zu erarbeiten. Der hr hatte sich für ein verkleinertes IRT eingesetzt und wäre bereit gewesen, seine Beteiligung im bisherigen Umfang fortzusetzen. Es sei über viele Aspekte intensiv diskutiert worden, etwa über die Beteiligung verschiedener Gesellschafter an den Kosten der Altersversorgung, und letztlich habe man für diese Diskussionspunkte eine gute Lösung erarbeitet, an der sich aber – neben dem SWR – eine weitere große Anstalt hätte beteiligen müssen. Von diesen Anstalten sei aber keine bereit gewesen, sich an einer Fortsetzung zu beteiligen. Für die kleineren Anstalten hingegen wären größere Finanzierungsanteile nicht machbar gewesen.

Mit den bisherigen Aufgaben des IRT, die auch künftig relevant sein, werde sich die PTKO nun beschäftigen. Zu nennen sei hier etwa die Weltfunkkonferenz 2023, bei der auf internationaler Ebene über die Nutzung von Frequenzen verhandelt werde. Hier sei die Europäische Rundfunkunion (EBU) bisher durch das IRT vertreten gewesen und habe sich auf diesem Weg für eine Aufrechterhaltung der für den terrestrischen Rundfunk genutzten Frequenzen und gegen eine weitere Umwidmung von Frequenzen an den Mobilfunk eingesetzt. Diese Vertretung müsse auch in Zukunft gesichert sein. Weiteres wichtiges Betätigungsfeld des IRT sei die Barrierefreiheit, die für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zentral, aber für andere Marktteilnehmer wenig von Interesse sei.

Die Ausführungen des ZDF zu google seien nicht falsch: Man müsse anerkennen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk und auch das 1956 gegründete IRT zwar lange Zeit die technischen Entwicklungen im Rundfunk maßgeblich vorangetrieben hätten, dass aber durch das heutige Rezeptionsverhalten, insbesondere über mobile Endgeräte, die großen Tech-Giganten inzwischen die

Technologietreiber seien und nicht mehr der Rundfunk. Die vom hr präferierte Lösung wäre daher gewesen, ein kleineres IRT für die für den Rundfunk notwendigen Aufgaben fortzuführen und im Übrigen Leistungen am Markt einzukaufen. Nun müsse man sich darüber verständigen, welche Aufgaben von den Landesrundfunkanstalten selbst erledigt werden müssten und bei welchen Leistungen man sich am Markt orientieren könne. Ferner verweist Herr Tritschler auf einen Beitrag des KEF-Mitglieds Herrn Prof. Reimers in der Fachzeitschrift FKT, der sich sehr differenziert zu den Entwicklungen beim IRT äußere.

Was die Abwicklung des IRT angehe, stehe man im intensiven Austausch mit allen Beteiligten. Ein Schlichter für die Einigungsstelle mit den Beschäftigten sei bereits benannt. Ziel sei, dass die Abwicklung bis 31.12.2021 beendet sei.

Der Vorsitzende bekräftigt, dass er es sehr bedauere, dass das IRT nun liquidiert werde.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht. Der Vorsitzende dankt dem Intendanten, der Geschäftsleitung und allen Beschäftigten des hr für ihre Arbeit im Jahr 2019.

Zu Punkt 3. der Tagesordnung: Genehmigung des Jahresberichts des Intendanten und der Jahresrechnung 2019, Entlastung des Verwaltungsrats, Entlastung des Intendanten

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Vorlage 12 d) „Bericht und Beschlussvorschlag zur Jahresrechnung 2019“ und bittet den Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Herrn Clauss, um seine Ausführungen dazu.

Herr Clauss berichtet, dass im Jahr 2019 eine breite medienpolitische Diskussion in Deutschland und Europa über die gesellschaftliche Bedeutung und Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stattgefunden habe. In der Pandemie sei nun die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks besonders deutlich geworden. Auch jüngere Zielgruppen seien wieder mehr erreicht worden. Voraussetzung für die Erfüllung des Auftrags sei aber, dass auch künftig die hierfür erforderlichen materiellen Gegebenheiten vorhanden seien. Leider gebe es inzwischen in allen Parlamenten Parteien oder auch

einzelne Mitglieder von Parteien, die die Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks grundsätzlich in Frage stellten.

Es sei festzuhalten, dass es kein Verfahren gebe, das so kompliziert sei wie die Beitragsfestsetzung: Alle zwei Jahre erstelle die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs einen Bericht, an den sich eine kritische Diskussion in der Öffentlichkeit anschließe. Alle vier Jahre spreche sie eine Empfehlung zur Beitragshöhe aus. Diese müsse dann in einem Staatsvertrag umgesetzt werden, der zunächst von 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten unterzeichnet und anschließend durch 16 Landesparlamente ratifiziert werden müsse. Es stelle sich nun die Frage, was passiere, wenn der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag nicht zustande komme und damit die Empfehlung der KEF, die bereits hinter den Anmeldungen der Rundfunkanstalten zurückbleibe, nicht umgesetzt werde. Die Intendantinnen und Intendanten hätten sich darauf verständigt, die von der KEF nicht bewilligten Mittel zu 50% bei den Anstalten und zu 50% bei den Gemeinschaftseinrichtungen (GSEA) einzusparen. Beim hr seien hiervon insbesondere die Degeto und der Sportrechteetat betroffen. Der bisher nur eingefrorene Etat für Sportrechte müsse mithin nun gekürzt werden. Gleichzeitig könne es für das Programm problematisch werden, wenn Sportveranstaltungen wegen Corona nicht stattfinden könnten. Man müsse sich die Frage stellen, wie sich dies auf die Zielgruppen auswirkten, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk in erster Linie über die Sportberichterstattung erreiche.

Die Überlegungen der vergangenen Jahre, das KEF-Verfahren abzulösen und ein Verfahren mit Budgetierung und Indexierung zu entwickeln, seien bedauerlicherweise an der Politik gescheitert, was insbesondere an der Beteiligung der FDP an einigen Landesregierungen liege. Daher führe man derzeit kritische Diskussionen zur Weiterentwicklung des geltenden KEF-Verfahrens. Während der KEF-Vorsitzende im aktuellen KEF-Bericht zum Ausdruck gebracht habe, dass eine auskömmliche Finanzierung der Rundfunkanstalten gesichert sein müsse, halte er für zweifelhaft, ob der aktuelle Bericht dem auch Rechnung trage. Selbst wenn der Beitrag also nach dem Vorschlag der KEF erhöht werde, müsse man weitere Einsparungen vornehmen. Während der hr schon seit längerem erhebliche Sparanstrengungen unternähme, stünden mittlerweile alle Landesrundfunkanstalten finanziell mit dem Rücken zur Wand.

Er teile zwar grundsätzlich den Optimismus des Intendanten, stelle sich aber dennoch die Frage, ob es künftig in Deutschland noch einen einheitlichen Rundfunkbeitrag geben könne, wenn der Staatsvertrag nicht zustande komme. In der aktuellen Situation sei er dankbar für die Aussage des Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier, der anlässlich des Neujahrsempfangs des hr gesagt habe „Wenn es den hr nicht gebe, müsste man ihn erfinden“. Auch setze er sich im Kreise der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sehr für eine Erhöhung des Beitrags ein.

Dennoch halte er eine Weiterentwicklung des KEF-Verfahrens für wichtig. Hierzu gebe es eine Arbeitsgruppe auf Ebene der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK), an der auch der Vorsitzende des Rundfunkrats beteiligt sei.

Wie bereits in den heutigen Sitzungen von Verwaltungsrat und Rundfunkrat besprochen, rege er dennoch an, sich bei dem geplanten Workshop der Gremien nicht mit dem KEF-Verfahren zu befassen, sondern mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie und einem möglichen Ausbleiben der Beitragserhöhung. Auch die Entwicklung der Werbeeinnahmen, die weiterhin ein wichtiges zweites Standbein neben der Beitragsfinanzierung seien, müsse man kritisch beobachten.

Zur eben angesprochenen Rolle der Wirtschaftsprüfer könne er anmerken, dass das Vorgehen den jeweils geltenden Grundsätzen der Wirtschaftsprüfer entspreche. Nach den gesetzlichen Regelungen hätten zudem im Vorfeld der Prüfung Gespräche mit ihm als Vorsitzendem des Verwaltungsrats stattgefunden. Ziel dieser Gespräche sei aus seiner Sicht auch, dass die Wirtschaftsprüfer über ihren Tellerrand hinausblickten. Es wäre daher wünschenswert, wenn sie auch die gesellschaftspolitischen Risiken in ihrem Bericht zum Ausdruck brächten. Inwiefern das gelinge, sei unklar.

Die Entwicklungen beim IRT sei aus seiner Sicht nicht zu begrüßen. Es werde noch eine große Diskussion über die künftige Wahrnehmung der Aufgaben des IRT geben. Es sei bedauerlich, dass es in Europa nicht gelinge, den US-Tech-Giganten etwas entgegenzusetzen. Was die Abwicklungskosten des IRT betreffe, seien diese noch nicht final bezifferbar, da der Sozialplan noch erstellt werden müsse. Bei den Kosten der Altersversorgung halte er für zentral, dass ein Modell gefunden werde, bei dem die Kosten über mehrere Jahre verteilt würden.

Insgesamt danke er, gerade in dieser schwierigen Zeit, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des hr, dem Intendanten, der Geschäftsleitung, sowie den Mitgliedern von Rundfunkrat, Verwaltungsrat und Personalrat für die konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Sein besonderer Dank gelte Frau Bach und Frau Hill vom Gremienbüro, für die diese besonderen Zeiten der Corona-Pandemie eine große zusätzliche Belastung bedeuteten und die hervorragende Arbeit leisteten.

Er hoffe auch weiterhin auf eine kritische und konstruktive Zusammenarbeit und dass es gelinge, den Hessischen Rundfunk als selbständige Anstalt auch in schwierigen Zeiten zu erhalten.

Der Vorsitzende dankt Herrn Clauss für seine Ausführungen und bittet Herrn Fasbender um seinen Bericht.

Herr Fasbender berichtet als Vorsitzender des Finanzausschusses von den dortigen Beratungen. Anders als in den vergangenen Jahren sei aufgrund der Corona-Pandemie eine gemeinsame Sitzung von Wirtschafts- und Finanzausschuss dieses Jahr nicht möglich gewesen. Am 29. Mai hätte daher zunächst eine Präsenzsitzung des Wirtschaftsausschusses des Verwaltungsrats stattgefunden, an der er auch teilgenommen hätte. Anschließend habe es eine Videokonferenz des Finanzausschusses gegeben, an der auch der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses teilgenommen habe. Die Beschlussfassung im Finanzausschuss sei anschließend im Wege des schriftlichen Abstimmungsverfahrens erfolgt.

Bei der Beratung hätten der Bericht der BDO über die Prüfung der Jahresrechnung 2019, Geschäftsbericht mit Lagebericht und Jahresrechnung 2019, die Kostenträgerrechnung 2019 und die Haushaltsabrechnung nach Direktionen 2019 vorgelegen. Grundlage der Befassung im Finanzausschuss sei auch die umfangreiche Prüfung und Vorberatung im Wirtschaftsausschuss des Verwaltungsrats gewesen. Auch wenn die Corona-Pandemie sich im Jahr 2019 noch nicht ausgewirkt habe, seien die zu befürchtenden Auswirkungen auch Teil der Diskussionen gewesen.

Äußerst misslich sei die Kombination aus hohen Rückstellungen wegen der betrieblichen Altersversorgung und der Niedrigzinsphase, die dazu führe, dass immer höhere Rückstellungen gebildet werden müssten, für die Anlagen aber

nur eine schlechte Verzinsung erreicht werden könne. Dieses Problem sei nicht neu, werde den hr aber weiter beschäftigen.

Sehe man die Diskrepanz zwischen operativem Plus und einem Minus in der Gesamtrechnung, spiele eine zentrale Rolle, dass die hinreichende Liquidität gesichert werden könne. Die vereinbarte Grenze von mindestens 50 Mio. Euro habe man bislang einhalten können und auch für die kommenden Jahre sei die Prognose gut; Voraussetzung sei aber auch, dass der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag ratifiziert werde. Problematisch werde es, wenn es nicht zu einer Beitragserhöhung kommen sollte. Hinzu kämen die Auswirkungen der Corona-Pandemie. In der Zukunft könne es daher noch wesentlich mehr Diskussions- und Entscheidungsbedarf geben.

Die geäußerte Kritik an der BDO könne er nicht teilen. Die Prüfgesellschaft arbeite äußerst sorgfältig und habe dem Haus einen umfangreichen Fragenkatalog zur Beantwortung vorgelegt. Klar sei aber auch, dass sie sich dabei auf ihre Aufgabe, nämlich die Prüfung des Jahres 2019 konzentriere. Dass es im Jahr 2019 keine bestandsgefährdenden Risiken gegeben habe, sei zutreffend. Mögliche Risiken in der Zukunft könnten das Prüfergebnis 2019 dabei nicht beeinflussen. Fehler oder Schwächen im Bericht seien aus seiner Sicht nicht feststellbar.

Er spreche dem Intendanten und dem Betriebsdirektor und seinem Team sein Kompliment und seinen Dank aus, die auf alle Fragen sehr kompetent und sachkundig geantwortet und insgesamt äußerst transparent agiert hätten. Er habe vollstes Vertrauen in alle Beteiligten.

Zu den vom Finanzausschuss gefassten Beschlussempfehlungen für den Rundfunkrat verweist er auf die den Mitgliedern vorliegende Vorlage.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden ergibt sich kein weiterer Gesprächsbedarf.

Der Rundfunkrat fasst sodann in offener Abstimmung einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Der Rundfunkrat bestätigt die Abrechnung des Etats für die Geschäftsstelle des Rundfunk- und Verwaltungsrats und erteilt dem Vorsitzenden des Rundfunkrats für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung.

2. Der Rundfunkrat genehmigt die Jahresrechnung 2019 einschließlich der in dieser Vorlage dargestellten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Ausgaben nach TZ 2.9.4.2 der Finanzordnung.
3. Der Rundfunkrat genehmigt den Jahresbericht des Intendanten des Hessischen Rundfunks in der vorgelegten Form.
4. Der Rundfunkrat erteilt dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung.
5. Der Rundfunkrat erteilt dem Intendanten für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung.

Der Vorsitzende spricht dem Intendanten seine Glückwünsche aus und dankt für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Zu Punkt 4. der Tagesordnung: Verschiedenes

Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Vorsitzende dankt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die konstruktive Sitzung.

Schluss der Sitzung: 17:22 Uhr

gez. Harald Brandes

Anlagen

**Sitzungstermine 2020
des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks
und seiner Ausschüsse**

Rundfunkrat:	25. September 2020	14.00 Uhr
	30. Oktober 2020	14.00 Uhr
	04. Dezember 2020	15.00 Uhr (anschl. Weihnachtsessen)

Programmausschuss	14. September 2020	14.30 Uhr
Fernsehen	26. Oktober 2020	14.30 Uhr
	30. November 2020	14.30 Uhr

Finanzausschuss	13. November 2020	10.00 Uhr
	27. November 2020	10.00 Uhr

Programmausschuss	17. September 2020	14.30 Uhr
Hörfunk	22. Oktober 2020	14.30 Uhr
	3. Dezember 2020	14.30 Uhr

Telemedienausschuss	17. November 2020	14.30 Uhr
----------------------------	-------------------	-----------

Workshops (bei Bedarf)	24. April 2020	10.00 Uhr
	23. Oktober 2020	10.00 Uhr

Jahresbericht 2019
Öffentliche Hauptversammlung des Rundfunkrats am 28.08.2020

Lieber Herr Brandes, lieber Herr Clauss,
liebe Mitglieder der Gremien,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste,

was für ein ungewöhnlicher Rahmen für eine öffentliche Hauptversammlung. Zwei Monate später als geplant, im großen Sendesaal mit großer Distanz zwischen uns allen, das zeigt wie sehr Covid 19 unser Arbeiten, unsere Kommunikation, unser ganzes Leben verändert hat. Nicht nur die Gesellschaft in Deutschland bewältigt die größte Herausforderung der Nachkriegszeit, das Gleiche gilt auch für den Hessischen Rundfunk.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten immer wieder umdenken müssen und uns ständig neu organisieren müssen, Dinge hinterfragen müssen und Prioritäten neu setzen müssen. Das waren und sind für alle Beteiligten ganz schön harte Wochen. Und gleichzeitig haben wir bei unseren Nutzerinnen und Nutzern einen Zuspruch erfahren, wie wir ihn lange Zeit für kaum möglich gehalten haben. Demgegenüber scheint der Kern unseres heutigen Zusammentreffens Lichtjahre entfernt, obwohl erst wenige Monate her: der Jahresabschluss 2019 und die Programmbilanz des vergangenen Jahres.

Deshalb lassen Sie mich, bevor ich auf die aktuellen Herausforderungen eingehe, diese Bilanz ziehen und auf unsere wirtschaftlichen und inhaltlichen Schwerpunkte 2019 blicken.

[Grafik 1]

Wir hatten im Haushalt mit Aufwendungen von 607,3 Mio. geplant und Erträgen von 510,8 Mio. Zum Jahresabschluss waren die Aufwendungen mit knapp 603 Mio. ebenso geringer wie die Erträge mit rund 503 Mio. So gesehen hat der Haushaltsvortrag keine größeren Überraschungen gebracht.

Wir haben weniger Geld ausgegeben und mehr gespart, als wir ursprünglich geplant hatten. Das zeigt, dass wir uns wirtschaftlich verantwortungsbewusst verhalten haben, aber unser Minus fällt dennoch um rund 3 Mio. € höher aus als wir es erwartet hatten.

Das liegt erneut an einem einzigen Faktor: das Zinsniveau 2019 lag noch einmal deutlich niedriger als es ursprünglich prognostiziert worden war. Das führt zu einem Gesamtfehlbetrag von 99,58 Mio. €. Ein Effekt, der wieder einmal begründet ist durch die Kombination von Rückstellungsbedarf für die Altersversorgung und Niedrigzinsphase. Lässt man einmal die Verpflichtungen für die Altersvorsorge außer Betracht, liegt unser Überschuss mit 12,1 Mio. € um rund 9 Mio. € über dem ursprünglichen Plan.

(Grafik 2)

Und bei dem für uns entscheidenden Faktor, nämlich der Liquidität, finden wir uns nur 1,2 Mio. € unter dem Niveau von 2018 und mit 117,2 Mio. € deutlich über der von uns selbst definierten eisernen Reserve von 50 Mio. €. In diesem Jahr wird wie immer am Ende einer Beitragsperiode die Liquidität erneut sinken und all die vorgetragenen Zahlen machen deutlich, dass wir zwar finanziell noch auf einem gesicherten aber dennoch zunehmend fragilen Fundament stehen.

Programmlich war das Jahr 2019 geprägt von einer Doppelstrategie. Einerseits die Erfolge in den linearen Programmen zu halten, andererseits aber auch Weichenstellungen zu setzen für mehr digitale Angebote, um stärker als bisher alle Menschen in der Gesellschaft, auch die Jüngeren, zu erreichen. Wir haben 2019 den Weg der medienübergreifenden Zusammenarbeit konsequent fortgesetzt.

Nachdem wir im Jahr zuvor den medienübergreifenden Bereich Hesseninformation gebildet hatten, haben wir bei jedem Thema gefragt: „Wie können wir es für die unterschiedlichen Ausspielwege so präsentieren, dass wir möglichst viele Nutzerinnen und Nutzer damit erreichen“.

Das hatte eine Sogwirkung auch auf viele andere, noch traditionell organisierte, Bereiche. Ein schönes Beispiel ist dafür das preisgekrönte Projekt zum Thema Lehrermangel, das von hr-iNFO gemeinsam mit dem Fernsehen und den KollegInnen von hessenschau.de regional und national aufbereitet wurde.

Wir haben neue Formen probiert. Etwa die Reihe „Wir hören Dich“, bei der ReporterInnen mit dem sogenannten Wir Mobil durch ganz Hessen reisten, Menschen aus allen Regionen ihre Meinung einbringen konnten und dafür die Radiowellen zusammengeschaltet wurden. Oder aber die ursprünglich für youtube konzipierte Reihe „Mittendrin - Flughafen Frankfurt“, die auch in der ARD-Mediathek und im hr-fernsehen außerordentlich erfolgreich war.

Und wir haben zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus regionalen Zeitungen Missstände bei der AWO aufgedeckt und damit nicht nur eine breite Diskussion, sondern einen Weg der Erneuerung ermöglicht. Genau das sind Beispiele für die Art und Weise, wie wir 2019 unseren Auftrag für die Gesellschaft erfüllt haben.

Neben Bilden und Informieren lautet unser Auftrag auch zu unterhalten. Das haben wir mit zahllosen Veranstaltungen - vom Hessefest bis hin zum Europa Open Air - umgesetzt und dabei Menschen ein großes Gemeinschaftsgefühl vermittelt. Erst jetzt, wo all diese Veranstaltungen ausfallen, wird vielen von uns bewusst, wie wichtig sie für unseren Alltag waren.

Auf ARD-Ebene haben wir die Zusammenarbeit gestärkt. Ein ganz starkes Beispiel dafür ist das neue Wetterkompetenzzentrum, das nach nur 10 Monaten Vorbereitungszeit am 1. Januar 2020 gestartet ist. Hier erstellt der Hessische Rundfunk alle Vorhersagen für das Erste und tagesschau 24 sowie für die regionalen Angebote von WDR, NDR, SWR, SR, rbb und natürlich auch für uns, den hr. Wir haben damit nicht nur auf ARD-Ebene Kosten gespart, sondern Qualität und Effizienz deutlich erhöht.

Das Herzstück der strategischen Entwicklung 2019 war die konsequente Ausrichtung auf Nutzerinnen und Nutzer und die Stärkung digitaler Produkte. Wir haben 14 programmliche Initiativen in allen Medien gestartet und damit den gesamten hr in Bewegung gesetzt.

Leider hat sich ein Teil der öffentlichen Diskussion nur auf ein Feld, nämlich die Neuausrichtung von hr2, konzentriert. Hier hatten wir teils heftige und kontroverse Debatten, auch im Rundfunkrat und in seinen Ausschüssen.

Ich habe keinen Hehl daraus gemacht, dass wir uns einen Teil dessen durch schlechte Kommunikation und die unglückliche Etikettierung mit dem Begriff „Klassikwelle“ selbst zuzuschreiben haben.

Das Ziel war mehr Kultur für alle. Uns hat die Sorge getrieben, dass wir bei hr2 immer weniger Menschen mit unserem Kulturangebot im Hörfunk erreichen und vorhandene Potentiale bei weitem nicht ausschöpfen.

Kultur ist und bleibt ein zentrales Element unseres Auftrags, aber diesen Auftrag kann man nur dann erfüllen, wenn unser Angebot möglichst viele Menschen auch annehmen. Deshalb sind wir den Weg zur Schaffung einer medienübergreifenden Kulturunit mit Ausrichtung auf digitale Produkte gegangen. Und deshalb haben wir das Sendeschema von hr2 so überarbeitet, dass die Menschen ab Mitte September ein offenes, kreatives und frisches Kulturprogramm im Radio genießen können. Ich freue mich darauf und bin sehr gespannt. Wir haben heute im Rundfunkrat das neue Sendeschema vorgestellt und diskutiert.

Das aber war nur ein Baustein von vielen. Wir haben unsere Präsenz in der Audiothek verstärkt und eine Gemeinschaftsredaktion für die Mediathek gebildet. Wir haben viel gelernt von unserem jungen Angebot funk. Das ist das Einzige, bei dem wir einen Auftrag ausschließlich für die digitale Welt haben. Und wir haben aus den

Erfahrungen Konsequenzen auch für andere Vorhaben gezogen. Das war ein Prozess mit breiter Kommunikation im Haus, mit vielen Debatten, mit Hürden und Widerständen.

Aber wie wertvoll er ist, hat sich erst wirklich gezeigt, als dann die Corona Pandemie alles überlagerte. Was für ein Glücksfall, dass wir den durch Corona ausgelösten Digitalisierungsschub aktiv nutzen konnten, weil wir schon vorher die Grundlagen dafür geschaffen hatten.

Wir mussten nicht erst lernen, wie wir medienübergreifend zusammenarbeiten, wir konnten schnell und unkompliziert auch in sozialen Netzwerken etwa auf facebook streamen, wir wussten wie instagram und anderen Plattformen funktionieren und haben unsere Zielgruppen dort schnell erreicht.

So konnten wir aus dem Stand auf ganz plötzlich veränderte Nutzungsgewohnheiten eingehen und auf allen Auspielwegen unseren Auftrag in einer Situation erfüllen, bei der sich tagtäglich die Rahmenbedingungen wieder änderten.

Das gilt übrigens nicht nur programmlich, sondern auch organisatorisch. Manch einer, der die Nase rümpft, weil wir eine Anstalt des öffentlichen Rechts sind und der Begriff „Anstalt“ als Beleg für verhärtete Strukturen verwendet wird, reibt sich auf einmal die Augen, wie schnell und flexibel neue Arbeitsformen unter den Einschränkungen der Pandemieregeln umgesetzt werden. Deshalb möchte ich einmal ausdrücklich zwei Bereiche hervorheben, die normalerweise als Hintergrundrauschen betrachtet werden.

Binnen kürzester Zeit hat die IT uns digitale Kommunikation in einer Bandbreite ermöglicht, wie wir sie sonst vielleicht erst in einigen Jahren erreicht hätten. Und ich bedanke mich ausdrücklich bei der Personalvertretung, die berechtigte Bedenken pragmatisch über Bord geworfen hat, um eine möglichst breite Beteiligung zu ermöglichen und jetzt selbst zu den Hauptnutzern gehört.

Und die Kolleginnen und Kollegen des Betriebsmanagements mussten binnen kurzer Zeit Arbeitsweisen auf Distanz ermöglichen, Raumkonzepte überarbeiten und Schutzvorkehrungen in der AG Pandemie auf eine breite Basis stellen. Auf einmal waren Menschen bereit, komplett andere Tätigkeiten zu übernehmen, weil sie in ihren eigentlichen Arbeitsfeldern zumindest zeitweise nicht mehr einsetzbar waren.

Mobiles Arbeiten, vorher eine vereinzelte Ausnahmerecheinung, wurde bei der Mehrheit der Beschäftigten zur Regel. Und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben selbst Verantwortung übernommen, weil man nicht so einfach im Nachbarbüro Kollegen oder Vorgesetzte fragen konnte.

Und trotzdem fehlt uns allen der direkte, persönliche Austausch, das Erlebnis von Konzerten und kulturellen Veranstaltungen, anregende Begegnungen mit Menschen aus allen Bereichen unserer Gesellschaft. Leider müssen wir davon ausgehen, dass dies noch einige Zeit anhält.

Aber wir versuchen wo immer möglich wenigstens mit neuen Formen einen Teil der Erlebniskultur wieder herzustellen, so etwa anfangs mit gestreamten Konzerten und jetzt auch wieder vor Publikum.

Bei all diesen Belastungen gibt es eine fast unglaublich positive Erfahrung. Ich weiß nicht wann ich in meiner beruflichen Laufbahn so häufig den Satz gehört habe „Jetzt wissen wir, wieviel uns der hr wert ist“.

Der Informationsbedarf während Corona war riesig: Was darf man noch? Wie verbreitet sich das Virus? Wie schütze ich mich und andere am besten? Wie kann ich Schule zuhause für meine Kinder organisieren und gleichzeitig auch noch mobil arbeiten?

Alles Fragen, auf die wir mit Sondersendungen Woche für Woche, Tag für Tag mit digitalen Angeboten im Netz und in den sozialen Medien nach Antworten gesucht haben. Und dabei sind die Antworten manchmal binnen weniger Tage wieder anders und gelegentlich auch widersprüchlich ausgefallen.

In einer solchen Situation der Verunsicherung suchen Menschen Medien, denen sie vertrauen können. Und das Vertrauen in die wahrheitsgemäße Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Sender ist noch einmal gestiegen. Wir haben das gemerkt, nicht nur weil der Server von hessenschau.de schon gleich zu Beginn der Pandemie Mitte März kurzzeitig nach der höchsten Zugriffszahl in die Knie gegangen ist. Die Hessenschau hat einen Zuschauerrekord nach dem anderen geknackt, die facebook Gruppe zum Thema Corona hat uns gezeigt, mit welchen Produkten wir unsere Nutzer im Internet abholen können. Für das Radio gibt es zwar keine aktuellen Nutzerzahlen, aber der Abruf der Livestreams, insbesondere für die Informationsangebote, war gewaltig.

In dieser Zeit hat sich die föderale Stärke der ARD bestens bewährt. Gerade weil in bestimmten Phasen jedes Bundesland einen eigenen Weg gegangen ist, konnten wir das in unseren regionalen Angeboten bestens abbilden, aber auch die Unterschiede bundesweit deutlich machen. So wurde etwa das ARD extra um 20:15 Uhr reihum von allen Landesrundfunkanstalten verantwortet.

Ich würde mir wünschen, wenn wir gemeinsam in der ARD diese föderalen Stärken auch in Zukunft noch besser leben, so wie wir es jetzt mit der Verlängerung der Tagesthemen tun.

Ich möchte nicht die zahllosen Umfragen aus dieser Zeit aneinanderreihen, aber eine finde ich besonders interessant: auf die Frage „Wem vertraut man am meisten, wenn es widersprüchliche Aussagen gibt?“ liegt in der Gesamtbevölkerung das öffentlich-rechtliche Fernsehen mit 41 % weit vor allen anderen Angeboten. Aber selbst bei der Zielgruppe der 18-29-jährigen ist für 37 % das öffentlich-rechtliche Fernsehen die wichtigste Quelle, wenn man vertrauenswürdige Informationen sucht. Interessant, dass dann an Position 2 mit 16 % schon youtube folgt. Das ist ein Beleg dafür, dass die Strategie richtig ist, für diese Zielgruppe auch Angebote auf Drittplattformen attraktiv zu entwickeln.

Ein wichtiges Ziel unserer Digitalisierungsstrategie war immer, alle Menschen in dieser Gesellschaft zu erreichen und die Menschen in Hessen miteinander zu verbinden. Hier hat uns die Pandemie den Zugang zu Zielgruppen verschafft, die manche für die öffentlich-rechtlichen verloren gesehen hatten.

Der Instagram Kanal der hessenschau ist in den letzten Monaten um rund 80 % gewachsen. Und auch im Linearen erreichen wir diese Zielgruppe, aber wir wissen, dass wir sie dort nicht dauerhaft halten können. Also müssen wir ihnen Alternativen zu den kommerziellen Streamingangeboten eröffnen, was zeigt, wie wichtig eine offensive Mediathek- und Audiothekstrategie ist und bleibt. Wir haben nur deshalb so schnell und flexibel reagieren können, weil wir noch vor der Corona Pandemie die Voraussetzungen für andere Arbeitsformen geschaffen haben.

Wir haben vom großen Kulturwandel der letzten Jahre im hr profitiert und davon das wir Anfang des Jahres die wichtigsten strukturellen Entscheidungen getroffen haben. Weil wir die Weichen da schon gestellt haben und sie mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Personalvertretungen und den Gremien abgestimmt haben, können wir jetzt zum 1. August den Weg in eine medienübergreifende Programmleitung gehen. Ich wünsche Gaby Holzner und ihrem Team in ihrer neuen Funktion als Programmdirektorin aller Auspielwege Glück und Erfolg.

Ich möchte dies aber auch verbinden mit einem ganz besonderen Dank an einen Kollegen, der in den letzten 25 Jahren den hr vor allem im Radio, aber auch weit darüber hinaus, geprägt hat. Heinz Sommer, der Ende Juli als HF -Direktor ausgeschieden ist, war für mich einer der klügsten strategischen Köpfe in der ARD. Ihm haben die Kolleginnen und Kollegen im Hörfunk zu verdanken, dass im Hessischen Rundfunk das Radio finanziell und organisatorisch so stark aufgestellt ist, wie in keinem anderen ARD-Sender. Er hat mit seinem Team im Hörfunk eine Flottenstrategie entwickelt, als andere diesen Begriff noch nicht einmal kannten, und diese immer wieder neu justiert.

Umso glücklicher bin ich, dass er den Strategieprozess der letzten Jahre so aktiv mitgestaltet hat und manche Dinge als erster in Frage gestellt hat, die für viele jahrzehntelang als unverrückbar galten. Danke Heinz Sommer.

Wir sind mit dieser medienübergreifenden Struktur für die nächsten Schritte gut aufgestellt. Dazu gehört auch die Stärkung unseres überregionalen Informationsangebotes in einem medienübergreifenden Programmbereich.

Mit der Berufung von Andrea Schafarczyk als trimediale Chefredakteurin haben wir hier ein wichtiges Signal gesetzt.

Vor uns liegen weitere große Schritte: ein integriertes Distributions- und Portfolio-management, die Schaffung einer medienübergreifenden programmnahe Produktion und schließlich eine integrierte Personalentwicklung, die feste und freie MitarbeiterInnen gleichermaßen im Blick hat.

Die Einschränkungen durch Corona haben uns in einzelnen Feldern noch stärker getroffen als andere Sender. Wir geben im Verhältnis zu unseren Einnahmen mehr aus für unsere Klangkörper als jeder andere Sender in der ARD. Gerade weil das hr-Sinfonieorchester und die Bigband so herausragend sind, hat uns der Ausfall von Konzerten und Veranstaltungen ganz besonders geschmerzt. Hier müssen wir Wege finden, wie wir auch in schwierigen Zeiten Qualität und Bestand dauerhaft sichern.

Und bei unseren Eigenproduktionen, insbesondere im Fernsehspiel, mussten wir 100% der Ausfallkosten tragen, während andere Sender, die mit Produktionsfirmen arbeiten, nur bis max. 50 % betroffen waren.

Ich halte es für elementar wichtig, dass wir auch in Zukunft ein eigenes Profil in die ARD einbringen und im hr weiterentwickeln. Das heißt aber nicht, dass wir jedes einzelne Element auch selber bei uns im Haus machen müssen.

Das ist auf den ersten Blick keine wirklich neue Erkenntnis. Im ARD-Strukturprozess gehen wir den Weg, Aufgaben zu bündeln und zu sogenannten shared services zu kommen, d.h. wir geben Aufgaben ab, die wir früher selbst erfüllt haben. Aber in der digitalen Welt kommen Veränderungen immer schneller. Wir müssen auch bei Kosten und Strukturen den fest gelegten Anteil verringern und die Flexibilität erhöhen. Kurz: mehr flex statt fix.

Und wir werden alle Positionen überprüfen müssen, mit der Frage, ist es inhaltlich sinnvoller und wirtschaftlich besser, dass wir es selber machen, oder aber können wir etwas auf dem Markt kaufen, das günstig ist und unsere Anforderungen erfüllt. Auch hier wird die Corona Pandemie Entwicklungen beschleunigen, die wir ohnehin bei der Digitalisierung angehen müssen.

Die Corona Pandemie hat kräftige finanzielle Einbußen für den hr gebracht. So werden wir in diesem Jahr voraussichtlich keine Kapitalerträge Erlösen. So wird die Ausschüttung der hr Werbung an den hr deutlich geringer ausfallen. So gehen wir davon aus, dass die Zahl der Beitragsbefreiungen wegen steigender Arbeitslosigkeit und Insolvenzen Mindereinnahmen für uns bedeutet. Niemand hat diese Einbrüche

vorhersehen können. Aber wir müssen sie bewältigen und damit umgehen. Schon jetzt fehlen uns in diesem Jahr rund 18. Mio. € und wir werden einen Nachtragshaushalt einbringen müssen.

Diese zusätzliche Belastung zeigt noch einmal mehr, wie wichtig es ist, dass die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten den Medienstaatsvertrag zur Rundfunkfinanzierung unterzeichnet haben und dieser jetzt hoffentlich von den Landtagen gebilligt wird. Wir sind dankbar, dass der Hessische Ministerpräsident als bewusstes Signal als erster unterschrieben hat und wir bitten Sie alle, für eine möglichst breite Zustimmung im Hessischen Landtag zu werben. Am besten schon bei der ersten Lesung nächste Woche.

Wir wissen und wir kennen die Vorbehalte in einigen ostdeutschen Ländern, insbesondere in Sachsen-Anhalt, aber wir haben auf ARD-Ebene alle Voraussetzungen geschaffen, damit die KEF-Empfehlungen umgesetzt werden können. Wir haben uns so schnell wie noch nie beim extrem schwierigen Thema Finanzausgleich geeinigt. Wir haben den Ländern deutlich gemacht, dass wir den Sparkurs weiter fortsetzen werden, den wir mit dem ARD-Strukturprozess begonnen haben und wir haben schließlich mit der Entscheidung für eine vernetzte Kulturplattform von ARD, ZDF und Deutschlandradio in Mitteldeutschland ein deutliches Signal gesetzt. Das alles auf Grundlage der KEF-Empfehlung.

Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass die Zustimmung nicht von der Erfüllung anderer medienpolitischer Forderungen abhängig gemacht werden darf. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich die Abgeordneten dieser verfassungsrechtlichen Verantwortung nicht bewusst sind.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat in den letzten Wochen und Monaten gezeigt, wie sehr die Menschen ihn brauchen und nutzen.

Es wäre ein Treppenwitz, wenn man ihn schwächt, ausgerechnet dann, wo er am meisten zum Zusammenhalt der Gesellschaft durch Information, Aufklärung und unabhängige Berichterstattung beitragen kann.

Wer ernsthaft ein Gegengewicht zu Hass, Populismus und Niedertracht in Teilen der medialen Kommunikation setzen will, muss wissen, dass dazu auch ein funktionsfähiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk gehört. Deshalb setze ich mein ganzes Vertrauen in das Verantwortungsbewusstsein der Parlamentarierinnen und Parlamentarier für das weitere Funktionieren unserer Demokratie auch in extrem schwierigen Zeiten.

Ich habe am Anfang gesagt, dass das Jahr 2019 auf einmal unvorstellbar weit weg erscheint, aber mit dem Haushalt 2019 und dessen programmlicher Umsetzung haben wir ein gutes Fundament geschaffen, auf dem wir im Jahre 2020 aufbauen

konnten. Deshalb hoffe ich, dass die Gremien dem Jahresbericht und der Jahresrechnung zustimmen und bitte um Entlastung.

Ich möchte gleichzeitig sowohl dem VR als auch dem RR für ausgesprochen fachkundige, gelegentlich kontroverse, aber immer konstruktive und hilfreiche Debatten danken. Wir können nur dann uns immer wieder weiter entwickeln, wenn Dinge auch von den Gremien in Frage gestellt werden und wir gemeinsam einen Weg finden, die digitale Transformation zu bewältigen.

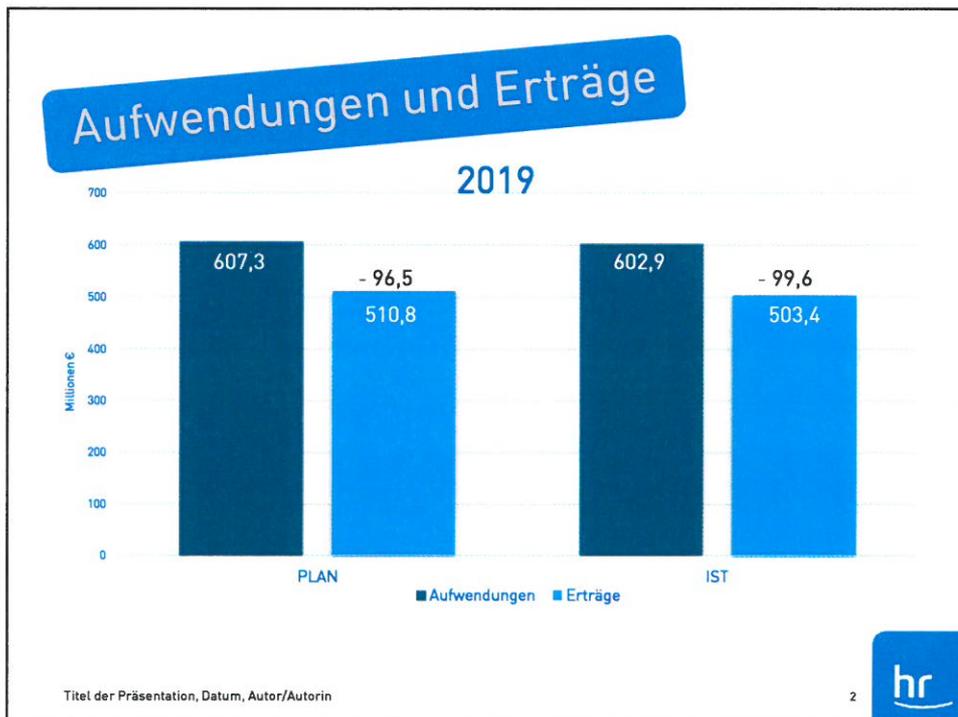
Dies wird die letzte Hauptversammlung des jetzt amtierenden Rundfunkrats sein und ich möchte allen, die in den letzten dreieinhalb Jahren viel Energie und Kraft investiert haben, um die ganze Bandbreite der Gesellschaft zu repräsentieren, für ihr Engagement danken. Ein ehrenamtliches Engagement, was viel zu wenig beachtet wird.

Es gibt derzeit keinerlei Entspannung bei der Bewältigung der Pandemie, es gibt auch noch keine Entscheidung in der Frage, ob es tatsächlich zu der dringend gebotenen Beitragsanpassung kommt. Und wir kennen auch die weiteren finanziellen Belastungen durch die Covid 19 Pandemie nicht.

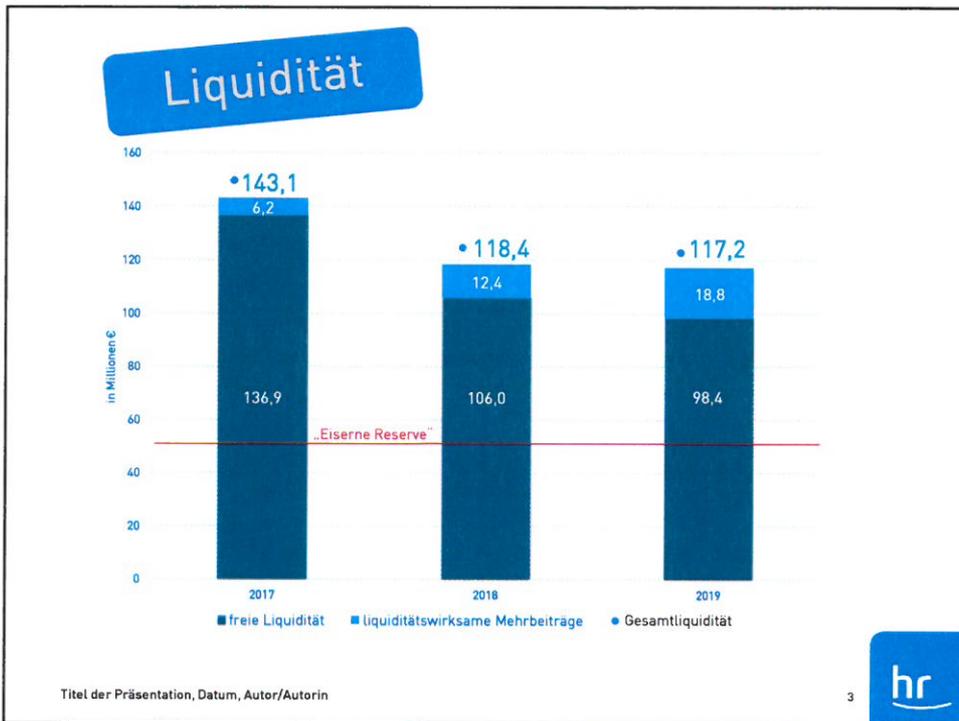
Man hätte also durchaus Anlass für Pessimismus. Ich aber gehe optimistisch in die letzten Monate dieses Jahres, weil wir bewiesen haben, wie schnell und flexibel wir sind, wie sehr wir uns immer wieder neuen Anforderungen stellen können und wie wichtig wir für die Menschen in Deutschland und in Hessen sind. Das Vertrauen, dass die Menschen uns geben, ist unser kostbarstes Gut und unsere größte Stärke und muss Tag für Tag neu erworben werden. Ich vertraue darauf, dass dies die politischen Entscheidungsträger wahrnehmen und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seiner Rolle für die ganze Gesellschaft nicht schwächen sondern stärken. Aber selbst, wenn uns noch viele kritische Phasen bevorstehen, habe ich großes Vertrauen in die Kolleginnen und Kollegen, die Beschäftigten im hr, dass wir auch neue Herausforderungen gemeinsam meistern können.



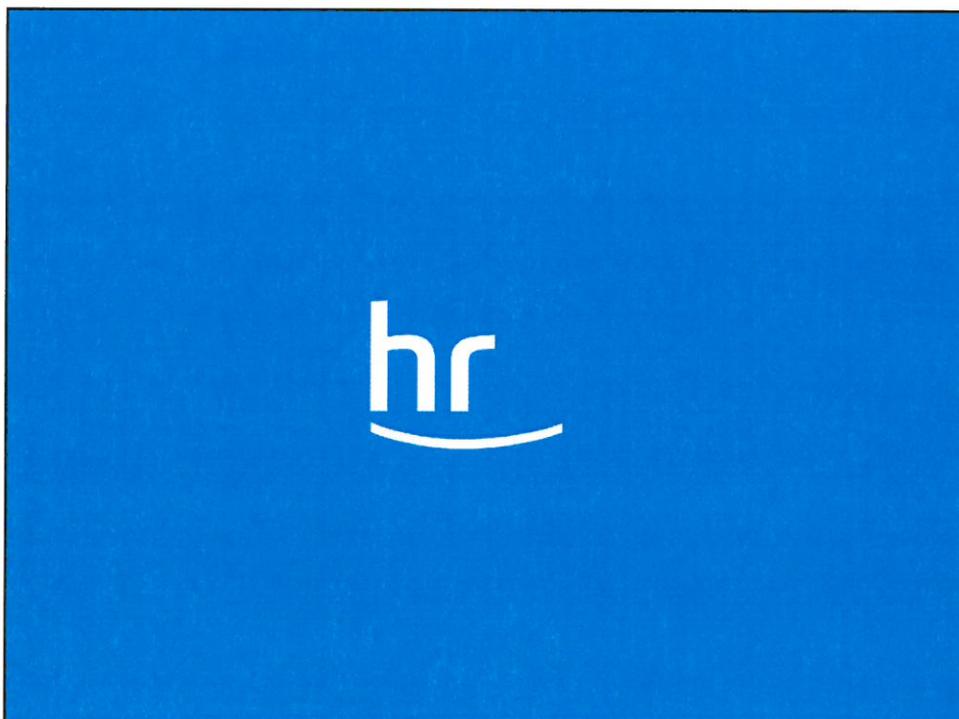
1



2



3



4